mung des Vorsitzenden wird vorgeschlagen, die Sitzung sofort, ohne Pause fortzusetzen.

**Vorsitzender Rainer Eppelmann:** Vielleicht darf ich noch zwei Sätze dazu sagen. Der Kollege Jork hat jetzt mit all seinen Mitstreitern die komplizierte Aufgabe, die halbe Stunde wieder reinzuholen, zumindestens sollte das Ziel vor Augen stehen, daß wir hier um 20.00 Uhr fertig werden. Wir sollten dabei ein bißchen an uns denken und vor allen Dingen an die Zuhörer, die hier nicht als Redner beteiligt sind, sondern 10 Stunden lang zuhören. Aus diesem Grunde sollten wir versuchen um 20.00 Uhr fertig zu werden, in der Hoffnung, daß der eine oder andere von Ihnen morgen wiederkommt.

**Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU):** Darf ich, ehe ich richtig anfange, noch einen Hinweis geben, mein lieber Herr Vorsitzender. Draußen sind Leute, die uns Kaffee und Kuchen anbieten. Sie sind von der Illusion ausgegangen, daß nach dieser Pause wohl Schluß sein könnte. Wenn Sie also noch etwas holen wollen, sollten Sie die Gelegenheit jetzt wahrnehmen.

Ja, ich nehme unseren Vorsitzenden sehr ernst, deshalb bitte ich also, den ehemaligen Volkskammerkollegen Dr. Hielscher als ersten Platz zu nehmen, denn der Herr Vorsitzende hat mir ja eine Vorlage gegeben, die ich benutze. Ich freue mich feststellen zu können, daß wir offensichtlich personell vollständig sind und möchte gleich in Anbetracht der Zeit auch zur Sache kommen. Noch einmal eine Eingangsbemerkung: Ich hatte mir heute früh erlaubt festzustellen, daß der Übergang wohl durch den Quotienten aus dem gewünschten Endzustand und dem Eingangszustand gegeben ist. Und wenn wir das auf die DDR-Wirtschaft und das bisher Diskutierte beziehen, muß ich als Reglungstechniker feststellen, daß das System unvollständig bestimmt und mehrdimensional ist, und daß eine eindeutige Definition dieses Transformationsprozesses bisher überhaupt nicht möglich ist. Es könnte sein, und das wünschen wir uns, daß wir eine Erhellung in der jetzt folgenden Runde bekommen. Ich schlage vor, daß gleich Herr Claßen vom Wirtschaftsministerium beginnt.

**Horst Claßen:** Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, das Thema, das mir gestellt ist, „Zwischenbilanz des Transformationsprozesses“ impliziert verschiedene Fragestellungen.

Einmal natürlich die Frage: Wie war eigentlich die Ausgangslage 1990, d. h. wo kommt die ehemalige DDR-Wirtschaft überhaupt her? Dann die zweite Frage: Was haben wir in diesen Jahren erreicht? Das ist die Frage nach der Aktivseite der Bilanz. Dritte Frage: Was bleibt zu tun? Welche ungelösten Probleme stehen noch vor uns? Die Frage nach der Passivseite und schließlich: Wie geht es weiter? Das betrifft vor allen Dingen die Frage nach dem künftigen Kurs der Wirtschaftspolitik.

Ich war leider nicht in der Lage, die Diskussion heute von Anfang an zu verfolgen, ich bitte daher um Entschuldigung, wenn vielleicht einiges, was von mir vorgetragen wird, im Laufe des Tages schon erwähnt worden ist.

Wenn man Bilanz zieht, kann man sagen, die Rechtseinheit und die politische Einheit Deutschlands sind inzwischen praktisch verwirklicht worden. Allerdings und das sieht man, wenn man hier in den neuen Ländern durch die Lande fährt und sich auch die wirtschaftlichen Zahlen zu Gemüte führt, die wirtschaftliche Einheit hinkt immer noch erheblich hinterher. Der Transformationsprozeß von der Plan- in die Marktwirtschaft dauert auch länger als erwartet. Angesichts der katastrophalen Ausgangslage in allen Bereichen der ehemaligen DDR-Wirtschaft ist das im Nachhinein auch nicht anders zu erwarten. Aber das war 1990 so nicht bekannt. Die Diskussion eben hat das ja auch zur Genüge gezeigt.

Die Probleme, die nach der Einheit offensichtlich wurden, waren auch mit umfassender und massiver finanzieller Hilfe kurzfristig nicht zu beheben. Die Marktwirtschaft hat die Schwächen des alten Systems schonungslos aufgedeckt. Hierzu gehörten die eingeschränkte Produktvielfalt und -menge, Käuferschlangen, Wartezeiten, eingeschränkte Arbeitsplatzfreiheit, eingeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten, geringe Produktivität und ein vergleichsweise niedriger Lebensstandard. Dies war der Preis für die Arbeitsplatzsicherheit in der DDR-Wirtschaft. Mit der Auflösung der Scheinstabilität des alten Systems, damit möchte ich bezeichnen, die Illusion mehr zu haben, als man tatsächlich besaß, wurden diese Probleme offenbar.

Die Schwierigkeiten, die seitdem aufgetreten sind, sind also nicht Folgen der sozialen Marktwirtschaft, sondern Altlasten der früheren DDR-Wirtschaft. Für diejenigen, die ihre Arbeitsplätze bei diesem Umstrukturierungsprozeß verloren haben, ist das sicher nicht immer leicht zu verstehen. Für sie wiegt der Verlust der Arbeit möglicherweise schwerer, als der Gewinn an persönlicher, materieller und politischer Freiheit. Um so wichtiger ist es, die bestehenden, ungelösten Probleme nicht isoliert, sondern in übergreifenden und zwar historisch sowie politisch übergreifenden Zusammenhängen zu sehen. Veranstaltungen, wie die heutige, sind hierfür wichtig und unerläßlich.

Zur ersten Frage: Wie war die Ausgangslage der DDR? Hier möchte ich mich kurz fassen, weil das zu einem wesentlichen Teil eben schon behandelt worden ist. Mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion vom 1. Juli 1990 und der politischen Einheit vom 3. Oktober 1990 erfolgte praktisch über Nacht die Integration des ehemaligen DDR-planwirtschaftlichen Systems in ein offenes Wettbewerbssystem. Es kam also zu keinem langsamen Übergang, sondern zu einem Liberalisierungsschock. Der machte sich bemerkbar einmal durch die Einführung einer auf Privateigentum basierenden Eigentumsordnung. Er machte sich auch bemerkbar durch die Freigabe aller Preise durch Öffnung der Märkte nach innen und nach außen und durch Einführung einer konvertiblen und starken Währung. Diese Umstellung hat in der marktwirtschaftlichen Konsequenz die Empfehlungen von Währungsfonds, OECD und Weltbank für andere Planwirtschaften im Osten doch deutlich übertroffen. Nirgends ist der Systemwechsel so abrupt und radikal praktiziert worden, wie in der ehemaligen DDR. Die ostdeutschen Unternehmen wurden unmittelbar dem internationalen

Wettbewerb ausgesetzt, ohne daß Instrumente des Außenschutzes zur Verfügung standen.

Der Wegfall der Grenzen bedeutete auch volle Freizügigkeit für die Arbeitnehmer und Integration der Arbeitsmärkte. Dies führte zunächst für die ostdeutsche Wirtschaft zu der problematischen Abwanderung von Arbeitskräften nach Westdeutschland. Hinzu kam der Druck, möglichst schnell die Lebensverhältnisse an Weststandards anzupassen. Dies hatte Lohnabschlüsse zur fatalen Folge, an deren Problemen die ostdeutsche Wirtschaft noch heute leidet.

Dieser Systemwechsel traf auf eine ostdeutsche Wirtschaft, deren Zustand viel schlechter war, als alle Experten seinerzeit erwartet haben. Kurz einige Stichworte.

Die Produktivität erreichte nicht einmal 30 % des westdeutschen Niveaus. Der Kapitalstock war veraltet, das Durchschnittsalter der industriellen Ausrüstungen 1989 betrug 18 Jahre im Vergleich zu 8 Jahre in Westdeutschland. Die Produktpalette war auf überregionalen Märkten zum großen Teil nicht wettbewerbsfähig, weil sie ausgerichtet war auf eine politisch gesteuerte Arbeitsteilung im Wirtschaftsraum des RGW. Die Wirtschaftsstruktur war in sehr starkem Maße verzerrt, es bestand ein überdimensionierter Industriebereich und ein völlig unterentwickelter Dienstleistungssektor. Hinzu kamen massive Ressourcenfehlallokationen, Energieverschwendung und eine massive Umweltzerstörung. Diese Fehlentwicklungen waren die Folge einer ideologisch ausgerichteten Wirtschaftspolitik, deren Steuerungselemente und Kriterien nicht Markt und Preise, sondern politische Vorgaben waren.

Die Auswirkungen des Transformationsschocks traten sehr rasch zutage. Die Industrieproduktion fiel im Verlauf des Jahres 1991 auf ein Drittel des Niveaus vom 1. Halbjahr 1990, das Bruttoinlandsprodukt sank zur selben Zeit um 35 % und die Zahl der industriellen Arbeitsplätze schrumpfte von 3,5 auf unter eine Million.

Wissenschaftliche Ratschläge in Form konkreter Transformationskonzepte und Strategien existierten nicht. Es handelte sich um ein singuläres historisches Ereignis, für das keine Erfahrungen aus der Vergangenheit zur Verfügung standen.

Ziel der Politik mußte es sein, den Menschen in den neuen Bundesländern Zukunftsperspektiven aufzuzeigen und zugleich die Überzeugung zu vermitteln, daß der liberale marktwirtschaftliche Staat ein verläßlicher Partner für die Bürger und Arbeitnehmer in den neuen Ländern sei. Hierfür wurde eine wirtschaftspolitische Konzeption des Aufbau Ost mit folgenden Kernelementen entwickelt:

Im Vordergrund stand die Förderung der privaten Investitionstätigkeit und von Existenzgründungen. Hinzu kam die Strategie der Privatisierung und Reprivatisierung sowie Sanierung der ehemaligen Staatsunternehmen insbesondere durch die Treuhandanstalt. Die Eigentumsverhältnisse mußten neu geordnet

werden. Eine zentrale Aufgabe bestand auch im Abbau von Investitionshemmnissen insbesondere aufgrund der Vielzahl ungeklärter Eigentumsverhältnisse und ökologischer Altlasten. Schließlich ging es um den Aufbau und Ausbau einer modernen Infrastruktur sowie um eine Verbesserung der Absatzbedingungen der ostdeutschen Unternehmen. Hinzukommen mußten ein arbeitsmarktpolitisches Instrumentarium, das den Strukturumbruch sozial abfederte sowie eine regionalpolitische Flankierung des Anpassungsprozesses. Schließlich mußten eine funktionsfähige Verwaltung und Justiz aufgebaut werden. Soviel zur Ausgangslage zum Zeitpunkt der wirtschaftlichen und politischen Einheit.

Lassen Sie mich nun zu dem Hauptthema kommen, was ist in dieser Zeit positiv erreicht worden, das heißt, was sind die wichtigsten Posten auf der Aktivseite der Bilanz? Ich möchte diese Punkte in sieben Punkten zusammenfassen:

1. Aufbau einer unternehmerischen Basis

Seit 1991 wurden in den neuen Länder netto rund 300.000 Unternehmen gegründet. Auch wenn hier in der Zwischenzeit eine gewisse Abflachung im Zuge der Normalisierung eingetreten ist, besteht weiterhin und bestand auch im letzten Jahr 1996 noch ein positiver Gründungssaldo. Das wird in Anbetracht der hohen Insolvenzzahlen häufig übersehen. Bis Ende 1994 hat die Treuhandanstalt etwa 15.000 Unternehmen privatisiert, die dabei gegebenen Investitions- und Arbeitsplatzzusagen werden aller Voraussicht nach übererfüllt werden. Die Indizien für die Dimension des Problems, vor dem die Treuhandanstalt stand, dürfte Ihnen bekannt sein. Der Wert des Volksvermögens wurde im März 1990 noch mit 1,3 Billionen DM bezeichnet. Die Treuhand schloß dagegen Ende 1994 mit einem Defizit von 256 Milliarden DM ab.

Besonders positiv zu werten ist auch der Aufbau vieler mittelständischer Unternehmen in den neuen Ländern. Bis zum ersten Halbjahr 1996 sind rund 510.000 mittelständische Existenzen gegründet worden. In diesen mittelständischen Unternehmen waren 3,4 Mio. Arbeitnehmer zu dieser Zeit beschäftigt. Auch im Ost-West-Vergleich sieht man, daß hier eine ganze Menge erreicht worden ist, wenn man sich die Bevölkerungsrelation anschaut, die etwa 1:4 beträgt, neue Länder – alte Länder, dann gibt es bei den mittelständischen Unternehmen eine Relation inzwischen von 1:5. Also die Differenz ist nicht mehr so groß.

Ein erhebliches Defizit besteht allerdings noch beim industriellen Mittelstand. Hier beträgt die Relation nur 1:10. Das heißt, ein ostdeutsches mittelständisches Unternehmen im Bereich der Industrie steht gegenüber 10 entsprechenden Unternehmen in Westdeutschland.

2. Die Produktivität

Die gesamtwirtschaftliche Produktivität ist von 31 % im Jahr 1991 auf immerhin fast 57 % im letzten Jahr des westdeutschen Niveaus gestiegen. Dahinter verbirgt sich eine sehr breite Streuung. Am günstigsten ist das Ergebnis im Be-

reich der Bauwirtschaft. Hier beträgt die Relation inzwischen 77 %, im verarbeitenden Gewerbe 55 %, im Bereich der Dienstleistungen 51 % und nach wie vor sehr ungünstig stellt sich die Situation im Bereich Handel und Verkehr dar mit nur 45 %.

3. Einkommen

Die Bruttoeinkommen je Beschäftigten sind von 47 % auf inzwischen 74 % gestiegen. Auch bei den Investitionen ist eine erhebliche Dynamik zu verzeichnen. Die Anlageinvestitionen je Erwerbstätigen waren 1995 (hierfür stehen die letzten Zahlen zur Verfügung) gut 60 % höher als in Westdeutschland. Also 60 % wurde pro Kopf Erwerbstätigen in den neuen Ländern mehr investiert, als in Westdeutschland.

Die Investitionsquote, also der Anteil der Investitionen am Bruttosozialprodukt, liegt bei gut 52 %. Das ist wesentlich mehr als je in Westdeutschland erreicht wurde. Im Unternehmenssektor insgesamt wurden in den Jahren 1991 bis 1996 rund 520 Milliarden DM investiert.

4. Die Infrastruktur

Auch hier sind Ihnen die Erfolgszahlen bekannt. Telefon, Fernstraßen, Schienen, Wohnungen usw., die möchte ich hier nicht wiederholen. Wichtige Aufgaben sind weiterhin die Verkehrsprojekte, hier vor allem die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. Alle diese Projekte sind im Bau und die Bundesregierung ist bestrebt, diese bis Anfang des nächsten Jahrzehnts zumindest in den wesentlichen Teilen fertig zu stellen.

5. Industrie

Lassen Sie mich als nächstes auf die Industrie zu sprechen kommen. Auch hier sind trotz der massiven Probleme, die weiterhin bestehen, erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Zwar ist nach der Wende die Industriedichte, d. h. die Zahl der industriellen Arbeitsplätze auf 100 Einwohner bezogen, um 75 % gesunken, dies war allerdings unvermeidlich wegen der seinerzeitigen Überdimensionierung der ostdeutschen Industrie. Aber auch hier ist inzwischen eine Aufwärtsentwicklung unverkennbar.

Beim industriellen Mittelstand sind bis ins letzte Jahr die Zahl der Unternehmen als auch die Zahl der Beschäftigten gestiegen. Damit hat sich bis zuletzt insgesamt die Entwicklungstendenz der Jahre 1993 bis 1995 positiv fortgesetzt.

6. Industrieproduktion

Auch die Industrieproduktion konnte in den letzten Jahren erheblich gesteigert werden und zwar insgesamt um 40 %. In Westdeutschland ist dagegen die Industrieproduktion in diesen Jahren gesunken. Dies gilt übrigens auch für 1996. Im Jahr 1996 ist die ostdeutsche Industrieproduktion um gut 6 % gestiegen, in Westdeutschland dagegen leicht gesunken. Schließlich belegen Umfragen bei

Investoren, daß Ostdeutschland als Investitionsstandort für Industrieunternehmen inzwischen nicht schlechter angesehen wird als Westdeutschland.

7. Öffentliche Hilfen

Diese Erfolge wären nicht möglich gewesen ohne die massiven finanziellen Transfers von Seiten des Bundes und der Westländer. In den Jahren 1991 bis 1996 belief sich das Netto-Transfervolumen auf etwa 900 Milliarden DM. Das sind Jahr für Jahr gut 5 % des westdeutschen Bruttosozialproduktes, die nach Ostdeutschland transferiert wurden.

Lassen Sie mich das an ein paar Einzelprogrammen exemplifizieren, dann wird das ein bißchen plastischer:

Allein durch ERP-Kredite wurden in den Jahren 1990 bis 1996 Existenzgründungen und Investitionen mit einem Zusagevolumen von 52 Milliarden DM unterstützt. Das dadurch geförderte Investitionsvolumen wird auf über 150 Milliarden DM, sprich 1,9 Mio. neue Arbeitsplätze geschätzt.

Im Rahmen der regionalen Förderung, also der Gemeinschaftsaufgabe in den neuen Ländern, wurden seit 1991 ein Fördervolumen von 53 Milliarden DM zugesagt. Dies entspricht einem geförderten Investitionsvolumen von knapp 170 Milliarden DM in der gewerblichen Wirtschaft und 34 Milliarden DM im Infrastrukturbereich. Auch in diesem Jahr wird trotz der Haushaltsprobleme die regionale Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland auf hohem Niveau fortgeführt. Für dieses Jahr steht ein Bewilligungsrahmen von 6,5 Milliarden DM zur Verfügung.

Die Positivmeldungen möchte ich nicht allein auf Ostdeutschland beschränken, sondern es ist klar und unbestritten, daß auch Westdeutschland von der Vereinigung insgesamt deutlich profitiert hat. Laut Schätzungen des RWI ergab sich für die Jahre 1990 und 1991 ein Wachstumsgewinn für die westdeutsche Wirtschaft von 1,5 bis 2 % des BSP. Das IWH in Halle schätzt, daß durch die Einheit das westdeutsche Bruttoinlandsprodukt um 200 Milliarden DM pro Jahr gesteigert wurde. Das bedeutet, daß 1997 das westdeutsche Bruttoinlandsprodukt um 7 % höher ist als es wäre, wenn man den Trend vor 1990 linear fortgeschrieben hätte. Das sind also Modellrechnungen mit allen Einschränkungen, die mit derartigen Rechnungen behaftet sind.

Lassen Sie mich nun zu meinem dritten Teil kommen, zu den weiterhin bestehenden Problemfeldern in der ostdeutschen Wirtschaft. Wo liegen die zentralen Defizite? Ich möchte das an 10 Punkten festmachen.

1. Eigenleistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft

   Die Eigenleistungsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft ist nach wie vor unzureichend. Sie liegt mit etwa 2/3 weiterhin erheblich zu niedrig. Das sind Zahlenschätzungen für 1994. Seit 1995 haben wir keine eigenständige volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für Ostdeutschland mehr, so daß

man für diesen Zeitraum keine exakten Berechnungen mehr vornehmen kann.

2. Der Kapitalstock weist in Ostdeutschland nach wie vor wesentliche strukturelle Defizite auf. Die Kapitalintensität der ostdeutschen Industrie ist weiterhin zu gering. Je Arbeitsplatz beträgt die Kapitalausstattung in Ostdeutschland immer noch erst 2/3 des Westniveaus trotz der hohen Investitionstätigkeit, aber durch erhebliche Überalterung und mangelnde Rentabilität des existierenden Kapitalstocks mußten eben erhebliche Teile ausgesondert werden, so daß per saldo der Kapitalstock relativ wenig gewachsen ist. Die Produktionskapazitäten sind außerdem zu stark auf regional absetzbare Güter ausgerichtet. Im übrigen ist der Anteil der Bauten am gesamten Kapitalstock überdimensioniert. 2/3 der Produktionskapazitäten bestehen aus Bauten.

3. Produktivität

   Ich habe schon darauf hingewiesen. Die Produktivität liegt etwa bei 57 %, dagegen das Bruttoeinkommen bei 74 %. Die Folge ist ein Lohnstückkostenüberhang Ost gegenüber West von nach wie vor 30 %. Das Problem ist, daß dieser Lohnstückkostenüberhang in den letzten zwei Jahren nicht weiter gesunken ist.

4. Humankapitalverlust

   Durch die Wanderungen von Ost nach West ist ein erheblicher Humankapitalverlust entstanden, der auch noch nicht in der Zwischenzeit wieder ausgeglichen wurde. Zwar sind seit 1994 die Abwanderungen nur noch wenig höher als die Zuwanderungen, insgesamt ist jedoch ein erheblicher Verlust an Humankapital dadurch entstanden, daß die Abwanderungen vor allen Dingen aus jungen und qualifizierten Menschen bestanden.

5. Forschung und Entwicklung sowie Innovationsintensität der Ostdeutschen Wirtschaft

   Die Bedeutung von forschungs- und entwicklungsintensiven Branchen und Produktionen in der ostdeutschen Wirtschaft ist nach wie vor relativ gering. Neueren Schätzungen zufolge beträgt der Anteil der Spitzentechnologie an der Industrieproduktion im Westen 6,8 %, in Ostdeutschland dagegen nur 2,9 %. Der Anteil an höherwertiger Technik im Westen beträgt 39 %; im Osten dagegen nur 24 %.

   Auch die Unternehmensstrukturen weisen im Vergleich zum Westen Nachteile auf. Hier sind zum einen die geringen Betriebsgrößen der ostdeutschen Unternehmen zu nennen. Ostdeutsche Firmen sind gemessen an den Beschäftigten rund um 1/3, gemessen am Umsatz sogar um 2/3 kleiner als Westunternehmen. Außerdem sind es überwiegend junge Unternehmen, die per se anfälliger sind.

Auch die Ertragslage ist weiterhin in ostdeutschen Unternehmen schlecht. Bundesbankuntersuchungen – allerdings vom Jahr 1994 – zufolge betrug die Umsatzrendite aller ostdeutschen Unternehmen minus 2,4 %, im Westen dagegen plus 1,6 %. Im verarbeitenden Gewerbe betrug die Umsatzrendite 1994 sogar minus 5,2 %. Aktuellere Schätzungen des Instituts in Halle belegen für 1995 eine negative Umsatzrendite für das verarbeitende Gewerbe von minus 8,5 %. Allerdings sind diese Schätzungen in ihrer Aussagekraft begrenzt, d. h. sie sind zu relativieren. Zum einen stehen hinter diesen Durchschnittswerten erhebliche Streuungen, also das Spektrum positiv zu negativ ist sehr breit. Zum anderen muß man sehen, daß diese Zahlen, die sich meist aus Bilanzdaten ergeben, nach unten verzerrt sind, weil durch die hohe Investitionstätigkeit natürlich auch ein hoher Abschreibungsbedarf bei den ostdeutschen Unternehmen zu Buche schlägt. Dadurch werden die positiven Bilanzzahlen nach unten gedrückt.

6. Kommunale Infrastruktur

   Auch hier befindet sich der Stand von Ostdeutschland immer noch unter westdeutschem Niveau.

7. Der eigentliche zentrale Schwachpunkt aus wirtschaftspolitischer Sicht ist die nach wie vor zu schmale industrielle Basis. Die Industrie in Ostdeutschland trägt nur zu 14 % zur Gesamtproduktion bei, in Westdeutschland dagegen zu 25 %. Umgekehrt ist es beim Bau. Hier ist der Anteil der ostdeutschen Bauwirtschaft mit 16 % mehr als dreimal so hoch wie im Westen. Auch dies offenbart eine ungesunde Verzerrung, die sich im Laufe der Zeit normalisieren muß.

8. Durch diese schmale industrielle Basis wird auch das Wachstum produktionsnaher und industrienaher Dienstleistungen behindert. Demzufolge ist der Anteil der Dienstleistungen in Ostdeutschland mit 31 % weiterhin deutlich niedriger als im Westen mit 37 %.

9. Auch die Exportquote ist insgesamt zu niedrig.

   Der ostdeutsche Export trägt derzeit nur zu 4-5 % zum gesamtdeutschen Export bei. Allerdings, je nachdem wie man Export abgrenzt, ob man also auch die überregionalen Lieferungen, also die Lieferungen über die eigentlichen ostdeutschen Länder hinaus miteinbezieht, kann man zu der Aussage kommen, daß sich insgesamt die überregionale Ausrichtung des Absatzes in Ostdeutschland weitgehend an das westdeutsche Niveau angenähert hat.

10. Die zu geringe industrielle Basis hat eine wesentliche Ursache vor allem in den Absatzproblemen der ostdeutschen Wirtschaft.

    Es bestehen nach wie vor erhebliche Schwierigkeiten beim Zugang zu bestehenden Märkten vor allen Dingen im Westen. Die Produkte sind noch nicht bekannt genug. Vor allen Dingen offenbart sich diese Tatsache im Westen, weil jeder, der im Westen durch den Supermarkt geht, feststellen

wird, daß man fast keine ostdeutschen Produkte sieht. Die Markteintrittskosten sind zu hoch. Die Handelsbeziehungen im Westen sind immer noch zu starr und das Management im Osten hat teilweise immer noch Defizite im professionellen Marketing.

Erschwert wurde die Situation durch den Zusammenbruch der traditionellen Märkte im Osten, vor allem der GUS-Staaten. 1990 bis 1995 haben sich die westdeutschen Ausfuhren nach Mittel- und Osteuropa verdoppelt und erreichen heute rund den 10fachen Wert der ostdeutschen Exporte nach Mittel- und Osteuropa.

Zahlen für 1995: Exporte aus Ostdeutschland nach Osteuropa 5,0 Milliarden, Exporte aus den alten Bundesländern nach Osteuropa 50 Milliarden. Trotzdem ist die Abhängigkeit der ostdeutschen Industrie von den Ostexporten mit 36 % immer noch wesentlich höher als im Westen, wo vom Export nur 7 % nach Osteuropa gehen.

Schließlich kommt erschwerend hinzu, daß sich das Wirtschaftswachstum zuletzt erheblich verlangsamt hat; 1996 betrug es nur noch 2 %, nach 5,3 % und 9,9 % in den Vorjahren.

Der Sachverständigenrat weist allerdings zu Recht darauf hin, daß das kein Indiz dafür ist, daß der Aufbau Ost abbricht. Er erwartet vielmehr für die kommenden Jahre wieder eine Beschleunigung des Wachstums, auch die Bundesregierung rechnet für dieses Jahr mit immerhin 2,5 % in Ost- wie in Westdeutschland. Dahinter steht und darauf weisen alle Experten hin, ein Wechsel in den Auftriebskräften des Wachstums.

Auf der einen Seite steht die unvermeidliche Normalisierung im Baugewerbe, zum anderen der nach wie vor zu geringe Anteil der Industrie und der Dienstleistungen, die erst im Laufe der Jahre in die normalen Strukturen hineinwachsen müssen. Das geschieht zum Glück: Industrie und Dienstleistungen haben sich bis zuletzt recht dynamisch entwickelt, sie wuchsen 1996 jeweils mit 6 %. Aber von einer niedrigen Basis aus gerechnet bedeutet das, daß das eben entsprechend lange dauert, bis vergleichbare Strukturen wie im Westen erreicht sind.

Die Folge dieser Wachstumsverlangsamung ist die desolate Situation auf dem Arbeitsmarkt. Ende Januar hatten wir 1,4 Mio. Arbeitslose, für Februar ist ein weiterer Anstieg zu erwarten. Die Arbeitslosenquote beträgt inzwischen 18,4 %, wenn wir die Beschäftigung auf dem zweiten Arbeitsmarkt hinzunehmen sogar 25 %.

Lassen Sie mich damit zum letzten Punkt meiner Ausführungen kommen. Was sind die prioritären Aufgaben der Wirtschaftspolitik in Anbetracht der ungelösten Probleme in Ostdeutschland? Ziel der Politik der Bundesregierung bleibt eine ostdeutsche Wirtschaft, die sich eigenständig im Wettbewerb behauptet. Das heißt eine ostdeutsche Wirtschaft, die genügend Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten bietet und eine Wirtschaft, die nicht oder nicht mehr

in substantiellem Maße auf Transfers von außen angewiesen ist. Auf dieses Ziel muß die Wirtschaftspolitik in erster Linie abzielen.

Die Voraussetzungen dafür sind insgesamt gegeben. Die neuen Länder verfügen über ein reichliches Humankapital, 14 % der ostdeutschen Bevölkerung hat Abitur, 9,5 % sogar einen Hochschulabschluß. Es besteht eine weitgehend modernisierte Infrastruktur. Die Umweltsituation hat sich erheblich verbessert, die Planungs- und Genehmigungsverfahren funktionieren hier viel reibungsloser und schneller als im Westen. Es besteht ein hohes Maß an Gewerbeflächen und nicht zuletzt verfügt Ostdeutschland über die zentrale Lage in Europa als Brückenkopf zwischen Ost- und Westeuropa.

Die Umsetzung dieser komparativen Standortvorteile in konkrete Wachstums- und Beschäftigungsimpulse ist allerdings in Zeiten eines globalen strukturellen Umbruchs der Weltwirtschaft nicht einfach zu vollziehen. Es geht eben derzeit nicht nur um die Bewältigung eines Systemwechsels, sondern auch weltweit sind Strukturen in erheblichem Umbruch begriffen, das Stichwort Globalisierung ist ja wie Sie wissen, inzwischen in aller Munde.

Die größte Belastung auf dem Weg zu einer selbsttragenden wettbewerbsfähigen ostdeutschen Wirtschaft ist derzeit der nach wie vor bestehende erhebliche Lohnstückkostenüberhang. Er beträgt weiterhin 30 %. Im verarbeitenden Gewerbe ist die Situation im vergangenen Jahr etwas besser geworden. Hier zeigen die letzten Zahlen „nur noch“ 25 %. Diese Situation, die sich in der ungünstigen Ertragssituation der ostdeutschen Firmen niederschlägt, ist auf Dauer nicht tragbar, sondern erfordert eine erhebliche Anpassung, vor allen Dingen bei der Tarifpolitik.

Interessant fand ich in diesem Zusammenhang eine in den letzten Tagen veröffentlichte Untersuchung des Instituts in Halle über den Transformationsprozeß in Tschechien. Ich weiß nicht, ob Sie das vielleicht in der jüngsten Veröffentlichung gelesen haben. Ich will das nur referieren ohne es zu werten. Sicherlich kann man hier die Situation des einen mit dem anderen Landes nicht vergleichen. Tschechien verfügt über Vollbeschäftigung, d. h. hat eine Arbeitslosenquote von 3 %. Das Institut in Halle führt diese günstige Situation auf verschiedene Faktoren zurück, die m.E. doch bemerkenswert sind.

Einmal und das ist wohl das Kernelement des Erfolges, auf eine zurückhaltende Einkommenspolitik. Verglichen wird die Entwicklung der Stundenlöhne von 1990 auf 1991 sowohl in der ehemaligen DDR als auch in Tschechien. In den neuen Bundesländern sind die Stundenlöhne von 1990 auf 1991 von 10,75 DM auf 14,20 DM/Std. gestiegen – dagegen in Tschechien von 5,00 DM auf 3,80 DM in DM gerechnet. Hierin schlägt sich natürlich auch eine starke Abwertung der Krone nieder. Das heißt, die Kombination von sehr zurückhaltender Lohnpolitik mit einer Strategie der Währungsabwertung hat hier dazu geführt, daß der „Kostenschock“ der Wirtschaft in Tschechien weitgehend erspart wurde. Hinzu kommt allerdings und das sollten wir nicht verschweigen, ein sehr großer staatlicher Sektor weiterhin. 1994 waren 40 % aller Erwerbstä-

tigen in Tschechien im Staatsdienst tätig. Von daher sind die Vergleiche nur sehr begrenzt möglich und m.E. wäre auch eine solche massive Abwertungsstrategie, wie sie in Tschechein verfolgt wurde, unter den Bedingungen der Deutschen Einheit nicht möglich gewesen.

Lassen Sie mich abschließend noch einige Bemerkungen machen zum künftigen wirtschaftspolitischen Kurs der Bundesregierung für die neuen Länder. Sie hat in ihrem Bericht Aufbau Ost vom Herbst 1996, als auch im Jahreswirtschaftsbericht von Ende Januar, angekündigt, daß die Förderkonzeption für die Ostförderung mittelfristig auf hohem Niveau fortgesetzt wird. Die Überlegungen zur Ausgestaltung des mittelfristigen Förderkonzepts nach 1998 beginnen gerade. Die Bundesregierung wird noch in diesem Halbjahr Vorschläge für die künftige Förderung vorlegen. Sie läßt sich dabei von einigen grundsätzlichen Kriterien leiten, die auch von den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten in ihrem Sondergutachten zur Wirtschaftsförderung in Ostdeutschland propagiert wurden: Die weitere Konzentration der Förderung auf die Defizitbereiche der Wirtschaft, weitere Degression der Förderung, d. h. also Abbau und Konzentration auf den eigentlichen weiter fortbestehenden Bedarf und schließlich Vereinfachung und Transparenz des Systems. Im Vordergrund der Wirtschaftsförderung wird weiterhin stehen, diese Aussage kann man jetzt schon treffen, die Investitionsförderung sowohl für bestehende als auch für neue Unternehmen, die Existenzgründungsförderung sowie die Festigung existierender junger Unternehmen, vor allen Dingen Hilfen bei Eigenkapital, Innovation und Absatz.

Wichtig, und hier bestehen weiterhin noch erhebliche Defizite, sind Fortschritte im Infrastrukturbereich. Wichtige Infrastrukturprojekte müssen zügig verwirklicht werden. Hier geht es vor allen Dingen um die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit. In diesem Zusammenhang wären auch alternative Finanzierungsmodelle zu prüfen. Kurzfristig vorrangig zu entscheiden hat die Bundesregierung vor allen Dingen über die Anschlußregelung für die steuerliche Investitionsförderung, die nach den derzeitigen Regelungen Ende 1998 ausläuft. Das heißt also Investitionszulagen, Sonderabschreibungen.

Dabei sind folgende grundsätzliche Fragen zu klären: Sollen weiterhin auch noch 1998 Sonderabschreibungen gewährt werden, die inzwischen zwischen 20 % und 40 % weiter bezahlt werden? Wenn nicht, sollen dafür die Investitionszulagen kompensiert erhöht werden? Diese betragen derzeit 5 % in der Grundzulage bzw. 10 % für mittelständische Unternehmen.

Soll die Förderung stärker auf das verarbeitende Gewerbe konzentriert werden, weil das verarbeitende Gewerbe die Basis für die Durchdringung der Exportmärkte und für den überregionalen Wettbewerb bildet? Das würde aber bedeuten, daß die bisher geförderten Bereiche wie das Handwerk und der innerstädtische Handel aus der Förderung herausfallen.

Wie sollen die Bauinvestitionen künftig gefördert werden, wenn die Sonderabschreibungen wegfallen, weil die Investitionszulage bisher ja nur auf beweg-li-

che Anlagegüter gewährt wurde? Soviel zu den Grundfragen des mittelfristigen Förderkonzepts.

Selbstverständlich ist, daß die Bundesregierung natürlich bei ihrem Förderkurs von den anderen Verantwortlichen entsprechend flankiert werden muß. Tarifparteien habe ich schon angesprochen. Die westdeutsche Wirtschaft selbst ist natürlich auch massiv gefordert. Das betrifft die Industrie, die mehr als bisher in Ostdeutschland Unternehmen gründen muß, Kompetenzzentren hinverlagern muß und Industrieproduktion ausweiten muß. Der Handel muß sich verstärkt bemühen, ostdeutsche Güter in westdeutsche Regale zu bringen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf das Handelsgespräch beim Kanzler, wo sich die großen westdeutschen Handelsketten verpflichtet haben, die Bezüge bis Ende 1998 zu verdoppeln, verglichen mit 1995. Das betrifft desweiteren die Kreditwirtschaft, die weiterhin aktiv bereit sein muß, Risikokapital und Existenzgründungen zu fördern.

Abschließend noch eine Bemerkung: Wenn alle Beteiligten, das heißt also Bundesregierung auf der einen Seite und Tarifparteien und private Wirtschaft auf der anderen Seite, diese Verantwortung wie in der Vergangenheit weiter wahrnehmen, besteht genügend Anlaß zu der Hoffnung, daß die Transformation der ehemaligen DDR in eine moderne Industriegesellschaft in den nächsten Jahren erreicht wird. Vielen Dank.

**Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU):** Ich danke Herrn Claßen für seinen umfangreichen Einführungsvortrag. Der Blick auf die Uhr sagt mir, daß wir doch sehen sollten, daß die folgenden Kurzvorträge etwa um 10 Minuten liegen, damit wir noch diskutieren können.

Darf ich bloß zu meinem Verständnis fragen, Herr Claßen, ob ich da richtig gehört habe. Welche Zahl haben Sie zur Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern genannt?

**Horst Claßen:** 1,4 Millionen.

**Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU):** Arbeitslosigkeit in Prozent.

**Horst Claßen:** 18,4 %.

**Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU):** 18,4 % und dann ist das ja mit ABM und allen anderen Sachen doch noch deutlich mehr. Gut. Ich dachte, daß wir der Dame den Vorrang geben und möchte Frau Ulrike Staake, Präsidentin der IHK Cottbus, um ihren Kurzbeitrag bitten.

**Ulrike Staake:** Herzlichen Dank, ich werde mich bemühen, Sie nicht erneut mit Zahlen zu bombardieren und mich vielleicht auch in meinem Fragenkatalog u. a. auf das Thema Leistungen von Arbeitskräften, berufliche Qualifikation, Ausbildung usw. konzentrieren, aber man hat mich auch gebeten, ganz kurz Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, obwohl ich mich ganz deutlich